



Akt. 17.05.09; 18:15 Pub. 17.05.09; 16:40

BIOMETRISCHE PÄSSE

Knappes Ja zeigt Bedenken der Bevölkerung

Mit nur 50,1 Prozent Ja-Stimmen hat die Schweiz den biometrischen Pässe zugestimmt. Das knappe Resultat sehen die Gegner als Achtungserfolg. Es zeige die Bedenken der Bevölkerung, worauf der Bundesrat Rücksicht nehmen solle.

Der biometrische Pass wird in der Schweiz obligatorisch. Aber nur eine knappe Mehrheit von 50,1 Prozent beziehungsweise 5504 Stimmen Unterschied haben den Ausschlag gegeben (20 Minuten Online berichtete). Dieses knappe Abstimmungsresultat zeige ein Unbehagen in der Schweizer Bevölkerung, ob der Staat nicht auf Vorrat irgendwelche Daten sammle. Das sagte der Präsident des Vereins Schweizerischer Datenschutzbeauftragter, Bruno Baeriswyl, gegenüber dem Schweizer Radio DRS. Zudem bestehe die Angst vor einem Datenmissbrauch.

Identitätskarten ohne biometrischen Angaben gefordert

Die Gegner sehen im knappen Resultat einen Achtungserfolg. «Es ist uns gelungen die halbe Schweiz auf unsere Seite zu holen», sagt SVP-Nationalrat Lukas Reimann (SG) vom gegnerischen Komitee. Ein Grund für das Scheitern seien die knappen finanziellen Mittel für eine «breite Aufklärungskampagne» gewesen. Die Bedenken der Gegner soll in die Umsetzung der Vorlage einfließen, fordert Reimann. So soll beispielsweise bei der Identitätskarte weiterhin die Wahlfreiheit bestehen bleiben, ob man diese biometrisch oder nicht ausgestellt haben möchte. Das fordert die SVP auch in einer Mitteilung: «Die Wahlfreiheit der Bürger darf künftig nicht weiter eingeschränkt werden.»

Die SP sieht im knappen Ausgang der Abstimmung einen Auftrag an den Bundesrat. «Die Behörden sind beauftragt, die Vorbehalte gegen die Datensammlung sehr ernst zu nehmen», sagt Parteipräsident Christian Levrat. Der Missbrauch der zentralen Datenbank müsse wie zugesichert ausgeschlossen werden, und die

Interaktiv-Box



 Dossier: Abstimmungen 17. Mai — Resultate

 Infografik: Resultatekarte Biometrische Pässe

Info-Box

Abstimmung über biometrische Ausweise

Am 17. Mai hat das Schweizer Volk die Einführung von biometrischen Ausweisen, die im Rahmen des Schengen-Abkommens nötig wird, denkbar knapp mit 50,1 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen.

Ab dem 1. März 2010 darf die Schweiz nur noch Pässe ausstellen, die auf einem Chip neben den Personalien und dem Gesichtsfoto auch zwei Fingerabdrücke gespeichert haben. Bei den Identitätskarten erhält der Bundesrat die Kompetenz, diese ebenfalls mit einem Chip auszustatten. Zudem sollen die Ausweisdaten in einer zentralen Datenbank gespeichert werden, um Fälschungen zu verhindern.

Die Gegner aus linken und rechten Parteien kritisieren die zentrale Datenspeicherung und die mögliche biometrische Identitätskarte, was beides vom Schengen-Recht nicht verlangt wird. Bedenken äussern einige Politiker auch bezüglich Sicherheit der Chips vor

Verschlüsselung der Datenbank müsse höchsten Sicherheitsansprüchen genügen. Damit will die SP verhindern, dass ein datenschützerisches Risiko drohe.

Misstrauen gegen Bundesratsentscheide

Hackerangriffen. Der Bundesrat argumentiert, dass der biometrische Ausweis in Zukunft nötig sein wird für Reisen in die USA und die Schengen-Staaten. Die zentrale Datenbank ermögliche einen wirksamen Schutz gegen Fälschungen.
(*mdr*)

Die kantonalen Polizei- und Justizdirektoren sehen ebenfalls ein Unbehagen in der Bevölkerung: Die vielen Nein-Stimmen seien Ausdruck des Unbehagens über eine gewisse Machtlosigkeit gegenüber der Politik, sagt der Berner Polizeidirektor Hans-Jürg Käser. Dass sich das Unbehagen am biometrischen Pass manifestiert habe, habe mit seinen wirklichen Ursachen nichts zu tun. Das Votum widerspiegeln das Misstrauen, das seit den Bundesratsentscheiden rund um die UBS, den Steuerstreit sowie den Entscheidungen beim Bankgeheimnis gewachsen sei. Weite Teile des Stimmvolks trauen laut Käser den Behörden nicht zu, eine Datenbank nach gesetzlich strengen Regeln zu unterhalten.

Erleichterung bei den Mitte-Parteien

Erleichtert zeigten sich die Mitte-Parteien, die das bundesrätliche Vorhaben unterstützt hatten. FDP-Nationalrat Ruedi Noser (ZH) ist überzeugt, dass der Bundesrat alles für die Sicherheit des Schweizer Passes unternimmt. Die Schweiz laufe nicht mehr Gefahr, aus dem Schengen-Raum geworfen zu werden, sagt FDP-Nationalrat Hugues Hiltbold (GE). Die hohe Anzahl Nein-Stimmen führt er auf eine Angst-Kampagne der Gegner zurück.

Den Befürchtungen der Gegner müsse aber Rechnung getragen werden, sagt Hiltbold. Der Bundesrat müsse unmissverständlich klarmachen, dass die zentrale Datenbank für Gesichtsbild und Fingerabdrücke einzig und allein den Pässen diene. Bei einem besonders grausamen Verbrechen sei schnell einmal die Versuchung da, die zentralen Daten zu anderen Zwecken einzusetzen. Und die Identitätskarte dürfe nicht biometrisch sein, sagt Hiltbold in Übereinstimmung mit den Gegnern.

(*sda/ap/mdr*)